Solschenizyn für die Schule

Der Traum vom neuen Russland beseelte auch den Sowjetdissidenten – «Archipel Gulag» wird zur Pflichtlektüre

In Russland herrscht ein sorgfältig kalkulierter Umgang mit der Vergangenheit. Zur Hebung des nationalen Selbstbewusstseins greift man nun auch auf Solschenizyn zurück, der trotz Kritik am Sowjetstaat dem heiligen Russland treu blieb.

Ulrich M. Schmid · Das russische Bildungsministerium hat kürzlich Alexander Solschenizyns monumentalen «Archipel Gulag» über die stalinistische Gefängnisindustrie für den russischen Literatur- und Geschichtsunterricht für obligatorisch erklärt. Bisher standen nur die zwei Erzählungen «Matrjonas Hof» und «Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch» auf dem Pflichtprogramm. Die Initiative kam von Premierminister Putin selbst, der sich bereits im Juli mit der Witwe des Schriftstellers über diese Neuerung im Lektürekanon ausgetauscht hatte. Natalja Solschenizyna zeigte sich zunächst skeptisch gegenüber dem Vorschlag, ein so komplexes Werk wie den «Archipel Gulag» in der Schule zu behandeln. Nach der Unterredung mit Putin traf sie sich auch mit dem Bildungsminister Andrei Fursenko, der verlauten liess, der Umfang der Beschäftigung mit dem «Archipel Gulag» sei jeder Schule überlassen. Solschenizyna ihrerseits will nun zwei gekürzte Versionen des «Archipel» ausarbeiten und einem pädagogischen Expertenrat zur Beurteilung vorlegen.

Offizielle Kulturpolitik

Anders als es auf den ersten Blick erscheinen mag, fügt sich die Anordnung des Bildungsministeriums durchaus konsequent in die offizielle Kulturpolitik ein. Das Führungsduo Medwedew/Putin hat zu verschiedenen Malen den unbedingten Willen zur Modernisierung des Landes bekräftigt. Dazu gehört auch ein sorgfältig kalkulierter Umgang mit der Vergangenheit. Gerade Putin wurde wiederholt und zumal von westlicher Seite vorgeworfen, eine Resowjetisierung des Landes zu betreiben.

Solche Vorwürfe greifen eindeutig zu kurz: Bereits 1999 hatte Putin in einer Denkschrift den Kommunismus als gesellschaftspolitische Sackgasse bezeichnet. Gleichzeitig war für Putin aber auch immer klar, dass in Russland nicht einfach westliche Staatsmodelle eingeführt werden sollen. Sein Weg ist ein dritter: Die «gelenkte Demokratie» soll Russland mit einem neuen nationalen Selbstbewusstsein ausstatten. Dafür erscheint Solschenizyn als geeigneter Gewährsmann. In einem seiner Romane hatte der Schriftsteller die Unterscheidung zwischen «Staat» und «Vaterland» eingeführt, mit der auch seine eigene Biografie erklärt werden kann. Solschenizyn kämpfte als Dissident gegen den Sowjetstaat, blieb aber in seinem Selbstverständnis genau durch seinen unerschrockenen Protest immer dem heiligen Russland treu.

In Solschenizyns letzten Lebensjahren kam es zu einer eigenartigen Annäherung zwischen dem früheren Lagerhäftling und dem ehemaligen KGB-Obersten. Beide wussten sich vereint im Projekt einer durchaus religiös imprägnierten Wiedergeburt der Nation und im Kampf gegen die dekadenten Oligarchen. Das historische Ideal erblicken beide in der imperialen Vorkriegszeit, als Russland eine Grossmacht mit einer blühenden Kultur war. Die obligatorische Behandlung des «Archipel Gulag» im Schulunterricht ist deshalb nicht so sehr Ausdruck einer neuen Vergangenheitsbewältigung, die im postkommunistischen Russland bisher nicht stattgefunden hat, sondern der Versuch, eine bestimmte Deutung der Stalinzeit zu kanonisieren und damit die Vergangenheit des «Staats» erzählbar zu machen, ohne dabei das «Vaterland» aus den Augen zu verlieren. Dieser Masterplot schildert im Wesentlichen die tragische Geiselhaft des russischen Volks in den Händen von Stalins Schergen. Der «Archipel Gulag» eignet sich also hervorragend dazu, Täterschaft auszublenden und eine allgemeine Selbstviktimisierung zu propagieren.

Dass Geschichte sorgfältig zu pflegen ist, zeigen auch zwei Initiativen aus dem Kreml, die in diesem Frühjahr viel Staub aufgewirbelt haben. Der Minister für Katastrophenschutz, Sergei Schoigu, hat die Ausarbeitung eines Gesetzes angeregt, das Zweifel an der «entscheidenden Rolle der Sowjetunion beim Sieg im Zweiten Weltkrieg» unter Strafe stellt. Und Präsident Medwedew hat eine Kommission ins Leben gerufen, die der «Verfälschung der Geschichte zum Nachteil der Russischen Föderation» entgegenwirken soll.

Verweigerte Entschuldigung

Die Politisierung der Geschichte lässt sich schliesslich bei offiziellen Gedenkanlässen beobachten: Am 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts hat sich auch Putin nicht zu einer Entschuldigung gegenüber Polen durchringen können. Die Annäherung der roten und der braunen Diktatur habe den Zweiten Weltkrieg nicht allein ausgelöst; ebenso wichtig sei die späte Sprengkraft des Versailler Vertrags gewesen. Immer wieder fällt auf, wie oft der Kreml in seiner Geschichtspolitik das Wort «objektiv» verwendet. Diese offizielle Sprachregelung unterstellt, dass es eine historische Wahrheit gebe, die durch Fakten untermauert und durch Erinnerungen bezeugt sei. Dass die vom Kreml favorisierten Darstellungen ebenfalls nur Geschichtserzählungen sind, wird dabei unterschlagen.